

www.dielinke-tf.de/kreistagsfraktion

AKTUELLES AUS DER KREISPOLITIK

Die wichtigste Meldung zuerst: Der Kreis, genauer der Kreisausschuss, hat den Weg zum Impfzentrum in Luckenwalde freigemacht. Der Landkreis ist im Auftrag des Landes für die Anmietung geeigneter Räume zuständig. Fündig wurde man mit der Flämingshalle der Stadt Luckenwalde. Am 25. Januar stimmte der Kreisausschuss einstimmig für den Mietvertrag. Damit hat der Landkreis alles in seinem Bereich für das Impfzentrum getan. Betrieb und Versorgung mit Impfstoff ist Aufgabe des Landes. Ich bin gespannt, wie das Impfen ab dem 2. Februar so angelaufen ist. Übrigens: Die AfD hat ja mit den Corona-Maßnahmen und auch beim Impfen so ihre speziellen, eigenen Ansichten. Beim Beschluss für das Impfzentrum hat aber auch die AfD zugestimmt.

Zum juristischen Vergleich zwischen dem Landkreis und Zossen haben wir ja schon in unserem Newsletter der Fraktion aus dem Dezember, wie auch Carsten Preuß in einem Artikel hier in dieser Ausgabe, berichtet. Daher an dieser Stelle nur noch so viel: Aus meiner Sicht war der Beschluss der Mehrheit der Zossener SVV aus AfD, Plan B, CDU ein Pyrrhussieg. Gesetzt den Fall, Zossen klagt sich nun über Jahre (!) durch die gerichtlichen Instanzen und bekommt am Ende recht – also aus dem Kreishaushalt Millionen zurückerstattet – ja woher soll denn das ganze Geld kommen? Sollte der Landkreis damit (wieder) in die roten Zahlen rutschen, ist er am Ende gezwungen, über eine Erhöhung der Kreisumlage nachzudenken. Die dann wiederum Zossen mitbezahlt. Aber auch alle anderen Kommunen in Teltow-Fläming. Insofern kein Beitrag für die Kommunale Familie im Landkreis. Man hätte den vom Landkreis mit übergroßer Mehrheit im Kreistag angebotenen Vergleich annehmen sollen. Das hätte einige Millionen sofort in die Zossener

Stadtkasse gebracht. Nun liegen aber erst einmal Projekte in Zossen weiter auf Eis. Den Dank dafür dann aber bitte an AfD, Plan B und CDU.

In diesen Tagen läuft im Kreistag die Haushaltsdebatte an. Thema ist dabei auch die Personalplanung. Aus den Fachämtern wurde ein Mehrbedarf an knapp 22 Stellen gemeldet. Nach Prüfung durch das Personalamt blieb eine Stellenerhöhung zu 2020 von sechs Stellen übrig. In Summe wären dies 894 Stellen, darunter 88 Beamt*innen. Deren Zahl sinkt zum Jahr 2020, die Zahl der Tarifbeschäftigten steigt. Die Personalaufwendungen als Teil des Gesamthaushaltes sinken seit vielen Jahren, die Personalkosten selbst bleiben relativ stabil. Die daraus resultierende Personalaufwandsquote ist damit, im Vergleich zu unserem Nachbarn Dahme-Spreewald, besser. Eine Zahl an dieser Stelle: Im Vergleich zu 2020 wird für 2021 im Kreishaushalt eine Summe von 1,35 Millionen Euro an Personalkosten eingespart. Ein Punkt, der beachtet werden sollte, wenn von Seiten der Kritiker*innen die Bemerkung kommt, dass der Landkreis zu viel für das Personal ausgibt. Wobei dann wiederum von ebenjenen Kritiker*innen mokiert wird, dass die Kreisverwaltung zu langsam im Bearbeiten von Anträgen und Co. wäre. Diesen Widerspruch möge sich bitte jede*r selbst erschließen ...

Für Einstellungen sind Bewerbungsgespräche zu führen, ganz klar. Diese konnten allerdings in der Phase des Lockdowns schlecht durchgeführt werden. Daraus resultiert, dass seit dem Frühjahr 2020 gut 90 Stellen in der Verwaltung unbesetzt waren. Diesen Rückstau konnte die Verwaltung unter Leitung von Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) bis zum Ende des Jahres 2020 auf gut die Hälfte reduzieren. Auch

an die Zukunft wird gedacht, die Attraktivität des Arbeitgebers Kreisverwaltung TF in meinen Augen weiter gesteigert. Denn es werden im neuen Einstellungsjahr 2021 vier Ausbildungsplätze »Verwaltungsfachangestellte*r«, ein Ausbildungsplatz »Vermessungstechniker*in«, fünf Bachelor-Studienplätze Öffentliche Verwaltung Brandenburg« und ein Bachelor-Studienplatz »Vermessung und Geoinformatik« geschaffen. Ebenso sind im Bereich des Bauingenieurwesens sowie im Studiengang »Soziale Arbeit« an der Fachhochschule Potsdam Studiengänge in Planung (ab Wintersemester 2022/23). Ich sehe den Landkreis damit gut aufgestellt.

Abschließend noch ein Wort zum Home-Office und dazu die Klarstellung: Home-Office ist nicht mit Heimarbeit gleichzusetzen! Gemäß § 2 Heimarbeitsgesetz ist Heimarbeit ein juristisch fest definierter Begriff. Redet man also von Home-Office, geht es viel mehr um das technische Ermöglichen vom Arbeiten von zu Hause aus. Das zur Theorie. Und in der Praxis, bzw. ganz konkret auf die Kreisverwaltung TF gemünzt: Aktuell lassen sich 300 Plätze für Home-Office realisieren, 400 Mitarbeiter*innen (von knapp 900) haben den Wunsch auf Home-Office ausgesprochen. Der Kreistag wiederum hat als erste Maßnahme die dauerhafte Errichtung von 200 Plätzen beschlossen.

Bei der Meinungsbildung zu dem Thema gebe ich das Folgende zu bedenken: 1. So lange die Verwaltungen in Deutschland/Brandenburg nicht einheitlich digitalisiert sind, sprich über elektronische Akten und einheitliche Software zum Bearbeiten verfügen, lahm das ganze System. Es kann ja bei mehreren Sachbearbeiter*innen einer Akte nicht jede*r eine Kopie in Papierform mit nach Hause nehmen. Vom Datenschutz ganz zu schweigen. Also ist die sichere (!) Digitalisierung weiter voranzutreiben. Und zweitens ist für mich eine Verwaltung vor Ort auch immer eine bürgernahe Verwaltung, sprich mit Sprechzeiten und festen Ansprechpartner*innen. Die Bürger*innen sind nach wie vor bei bestimmten Dingen auf direkte, persönliche Verwaltungskontakte angewiesen. Hierzu zähle ich zum Beispiel Beratungen im Gesundheitsamt, Jugendamt oder im Sozialamt. Eine Verwaltung komplett im Home-Office erachte ich daher als bürgerfern und nicht realistisch. Wenn wir eine Home-Office-Quote von 25 Prozent erreichen, sprich ein Viertel des Personals per Rotation dauerhaft von zu Hause aus arbeiten kann, wären wir gut aufgestellt. Ich bin hier aber natürlich auch gern zu Diskussionen bereit und freue mich über diesbezügliche Beiträge.

Felix Thier, Fraktionsvorsitzender

Glückwunsch zur Auszeichnung

Unser Bericht im vorherigen *Linksblick* zur Auszeichnung des Landkreises Teltow-Fläming mit dem OSKAR als »Premier-Kommune« für die deutschlandweit beste Wirtschaftsleistung war für Heinz Vietze, sowie die ehemaligen Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, besonderer Anlass, ihre ehemalige Mitstreiterin **Kornelia Wehlan** herzlich zu beglückwünschen. Der überreichte »OSKAR« zielt jetzt den Arbeitsplatz der Landrätin.



Felix Thier

PERSÖNLICHKEITEN AUS DEM LANDKREIS FÜR VERDIENSTE IN DER CORONA-KRISE GEEHRT – ÜBERGABE IN FORM EINER VIDEOKONFERENZ

Mit dem Teltow-Fläming-Preis 2021 wurden am 15. Januar 2021 drei Persönlichkeiten aus dem Landkreis geehrt, die sich besondere Verdienste in der Corona-Krise erworben haben.

Der Preis 2021 war zu diesem Thema in drei Kategorien ausgelobt worden:

- Gesundheit
- Bildung und Erziehung
- Bürgerschaftliches Engagement

Kategorie Gesundheit:

Dr. Burkhard Schult, Ärztlicher Direktor des Evangelischen Krankenhauses in Ludwigsfelde und Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes Teltow-Fläming

Kategorie Bürgerschaftliches Engagement: **Ute Reglin**, Koordinatorin des Projekts »Nähen in der Pandemie«

Kategorie Bildung und Erziehung: **Ralf Mund**, Leiter der Wiesenschule Jüterbog

Der Teltow-Fläming-Preis wird üblicherweise beim Neujahrsempfang des Landkreises verliehen. Dieser konnte pandemiebedingt nicht stattfinden.

Aus diesem Grund erfolgte die Ehrung im Rahmen einer Videokonferenz, durch die Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum (CDU) führten. Die zu Ehrenden, Laudatoren, zwei Bürgermeister sowie zwei Fraktionsvorsitzende des Kreistags waren zugeschaltet. Landrätin Kornelia Wehlan betonte, wie wichtig der Zusammenhalt in der Gesellschaft gerade in Zeiten wie diesen sei und mahnten zu Optimismus:

Kornelia Wehlan (DIE LINKE): »Wir können stolz darauf sein, was hier geleistet wurde und wird. Allen, die daran mittun, diese komplizierte Zeit zu meistern, danke ich von ganzem Herzen. Und so schwer es im Moment auch sein mag: Blicken wir weiter nach vorn! Hier im Landkreis Teltow-Fläming ziehen alle an einem Strang: Politik-Verwaltung-Bürgerschaft. Das ist unser Markenzeichen, unser Weg. Er führt uns zum Erfolg und wird uns auch bei der Bewältigung der Krise sehr, sehr helfen.«

Sie brachte zudem ihr Mitgefühl für die Opfer der Pandemie zum Ausdruck und übermittelte den Hinterbliebenen ihre Anteilnahme. Genesungswünsche galten den Erkrankten und ihren Familien.

Dank der Sozialdezernentin an Geehrte, Engagierte, Gesundheitsamt und Mittelbrandenburgische Sparkasse

Die Erste Beigeordnete des Landkreises, Kirsten Gurske, dankte in ihrer Funktion als Sozial- und Gesundheitsdezernentin den Geehrten für ihren Einsatz. In diesem Dank schloss sie ausdrücklich auch alle anderen in der Pandemiebekämpfung engagierten Menschen ein, ausdrücklich die Beschäftigten des Gesundheitsamtes.

Ebenso galt ihr Dank der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam, die die virtuelle Übergabe

der Teltow-Fläming-Preise unterstützte – ebenso wie die Neujahrsempfänge der Vorjahre.

Kirsten Gurske beendete die Videokonferenz mit dem möglichen Ausblick auf eine Gelegenheit, den Geehrten persönlich zu danken. Denkbar seien, abhängig von der weiteren Entwicklung, vielleicht ein Frühlingfest oder der Neujahrsempfang 2022.

Angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens ist der Weg zu dieser Normalität nicht hoffnungslos, aber noch weit und schwer.

Quelle: www.teltow-flaeming.de



Für unsere Kreistagsfraktion nahm an der digitalen Preisverleihung Felix Thier (oben, 3. v. l.) teil.

AKTUELLES AUS DEN KOMMUNEN (Teil 1, Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

KOMMUNALPOLITIK UNTER PANDEMIE-BEDINGUNGEN

■ Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde

Die Coronakrise ging auch nicht spurlos an der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde vorüber. Wir wechselten unseren Tagungsort vom Rathausaal ins Stadttheater von Luckenwalde. Insofern waren wir nicht auf digitale Formate angewiesen, was für die Debatte unserer diskussionsfreudigen Stadtverordneten zuträglich war.

Zu den viel diskutierten Themen gehörten neben verschiedenen Entwicklungskonzepten (Zentrum, Verkehr, Parkraum) auch die Frage,

wie wir das städtische Leben, vor allem in der Innenstadt – trotz Pandemie und darüber hinaus – aktivieren können. Als LINKE unterstützen und förderten wir u.a. den kostenfreien Eintritt für Kinder und Jugendliche im Freibad und Museum sowie die Stärkung des Luckenwalder Wochenmarktes. Aktuell stehen in Luckenwalde Haushaltsdiskussionen an: Die Verwaltung legt ihren Schwerpunkt deutlich auf Hoch- und Tiefbaumaßnahmen sowie infrastrukturelle Verbesserungen. Wir legen unseren Fokus auf eine soziale und kulturfördernde Politik. So

haben wir bspw. einen Antrag zur Sozialarbeit an Schulen vorbereitet, damit jede Schule in Zukunft mit mindestens eine*r Schulsozialarbeiter*in ausgestattet ist – das muss drin sein und ist seit der Coronakrise wichtiger denn je. Gleiches gilt für die Kulturförderung, deren Beitrag wir planen zu vervierfachen, um die am Boden liegende Kultur zu revitalisieren. Des Weiteren fordern wir die entgeltfreie Nutzung der Luckenwalder Stadtlinie, um Mobilität und Klimaschutz zusammenzubringen. Weil für uns gilt: Wir für alle. Solidarisch miteinander.



Martin Zeiler, 1. Stellv. Fraktionsvorsitzender DIE LINKE/Bauernverband, Luckenwalde

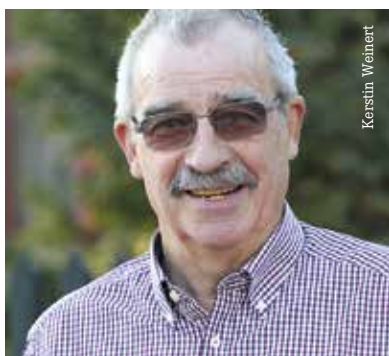
■ Gemeindevertretung Rangsdorf

Auf der Grundlage der kommunalen Haushaltsordnung des Landes Brandenburg hat die Gemeinde Rangsdorf am 5. Januar einen Haushalt auf der Basis vorliegender Landeszuweisungen und Erkenntnissen des abgelaufenen Haushaltsjahres beschlossen.

Erstaunlicherweise haben wir eine geringfügige Erhöhung der Einnahmen aus Einkommensteuern, Landeszuweisungen, Gewerbe- und Grundsteuern zu verzeichnen und so die Auswirkungen des »Pandemiejahres 2020« noch nicht zu spüren bekommen.

Berücksichtigt wurde auch die Zusage des Landes, Ausfälle für Straßenausbaubeiträge der Vorjahre zu kompensieren. Ein verabschiedeter Kreishaushalt lag noch nicht vor, sodass unser Bürgermeister den Umlageschlüssel der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte reduzierte - in der ungefähren Höhe des zu erwartenden »Kreisentwicklungsbudgets«, was kommunalrechtlich nicht zu beanstanden ist, da die Gemeinde für ihren Haushalt zuständig ist. Bei den Ausgaben erhöhen sich die Personalkosten nicht nur um den Tariflohnindex, sondern auch dadurch, dass wir ab August eine KITA in Trägerschaft der Kommune übernehmen werden. Dazu kommt die dringend notwendige Investition eines Hortes.

Für den notwendigen Straßenausbau einer Hauptzufahrtstraße innerhalb der Ortslage haben wir Fördermittel beantragt. Ein Bescheid ist noch nicht eingegangen, jedoch die erforderliche Co-Finanzierung schon eingestellt.



Hartmut Rex,
Fraktion DIE LINKE. Rangsdorf

■ Gemeindevertretung Am Mellensee

Die Kommunalwahlen sind nun fast zwei Jahre her, eine gute Zeit, einmal den Blick nach hinten und nach vorn zu wagen - im Normalfall. Auf Antrag unserer Fraktion trat die Gemeinde dem Netzwerk »Mayors for Peace« bei. Unser Antrag »pestizidfreie Gemeinde« wurde an eine Arbeitsgruppe ver-

wiesen. Als wir anfangen, uns aus den Ketten des »Erfüllungsgehilfen der Verwaltung« zu befreien und eigene Themen auf die Agenda zu setzen, brachen die Regelungen zu COVID-19 über uns herein. Der Anspruch, die wenigen stattfindenden Sitzungen auf das Notwendigste zu beschränken, erschwerte langfristig angelegte konzeptionelle Arbeit erheblich. Im September hat unsere Fraktion es endlich geschafft, eine zeitgemäße Geschäftsordnung durchzubringen. Die Hauptsatzung steht in den Startlöchern, hier macht uns die Kinder- und Jugendbeteiligung noch Sorgen. Die avisierte Auftaktveranstaltung konnte seit nunmehr 1,5 Jahren noch immer nicht durchgeführt werden. Gegen Ende des Jahres rückten Pressemitteilungen zum Naturpark Baruther Urstromtal und zum Weltkulturerbe Heeresversuchsstelle Kummersdorf das Thema MEKS (Multi-Energiekraftwerk Sperenberg) wieder in den Fokus. Parallel dazu erstellten wir ein Grundgerüst für ein Mobilitätskonzept unserer Gemeinde. Die zahlreichen B-Pläne und ca. 400 avisierte Zuzüge in den nächsten Jahren haben uns eine Grobanalyse erstellen und für Ende Februar eine Klausurtagung der Gemeindevertretung unter dem Motto: »Wohin wollen wir mit unserer Gemeinde« anstoßen lassen.



Judith Kruppa,
Fraktionsvorsitzende

■ Gemeindevertretung Niedergörsdorf

Wie in vielen Städten und Gemeinden unseres Landkreises stehen die Beratungen und Beschlüsse für die Haushalte im Fokus.

In der letzten Sitzung im Januar 2021 der Gemeinde Niedergörsdorf wurde sehr kontrovers über den Haushaltsplan diskutiert.

An zwei Vorhaben der Verwaltung erhitzen sich die Gemüter der Abgeordneten so sehr, dass es dann einen Mehrheitsbeschluss zum Aussetzen der Beschlussfassung über den Haushalt 2021 gab.

Unsere Fraktionsmitglieder teilen diese Auffassung nicht. Die Gemeindeverwaltung legte einen ausgeglichenen Haushalt in

Höhe von über zwölf Millionen Euro vor. Viele Vorhaben sind geplant, die auch finanziell abgesichert sind. So konnte z. B. die eventuelle Kreditaufnahme für ein neues Feuerlöschfahrzeug für die Wehr Blönsdorf von 320.000 Euro auf maximal 100.000 Euro reduziert werden und anspruchsvolle Projekte für die Bürger*innen in einigen Ortsteilen eingeplant werden.

Als Fraktionsvorsitzende habe ich daraufhin in einem Brief an alle Abgeordneten appelliert, den Haushaltsplan in einer Sondersitzung im Februar 2021 nach der 2. Lesung zu beschließen, um die Handlungsfähigkeit der Gemeindeverwaltung für die vielen Vorhaben nicht zu gefährden.

Über die beiden strittigen Punkte in finanzieller Höhe von ca. 110.000 Euro kann dann in den Ausschüssen diskutiert und Lösungen vorgeschlagen werden, um sie entweder zu realisieren oder das Geld in einem Nachtragshaushalt anderweitig einzusetzen.

Ich habe den Eindruck, dass einige Gemeindevertreter die Arbeit der Verwaltung als unsolid aus marktwirtschaftlicher Sicht einschätzen und z. B. viele der sogenannten »freiwilligen Aufgaben«, die nicht Gewinnbringend sind, am liebsten reduzieren oder ganz abschaffen wollen. Diesem Trend muss man sich entgegensetzen.

Es muss das Ziel sein, das Leben und die Infrastruktur so zu gestalten, dass die Menschen - ob Jung oder Alt, ob als Single oder als Familien mit Kindern - gerne in unseren Dörfern leben. Das bedeutet neben guten und bezahlbaren Wohnungen und Grundstücken, gute Verkehrsanbindungen, Schulen und Kitaplätzen, Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten, medizinische und pflegerische Betreuung, Kinderspiel- und Sportplätze, ein breit gefächertes Vereinsleben, Kultur und Tourismus und vieles mehr in sauberen Orten.

Dazu müssen wir als Abgeordnete in enger Zusammenarbeit mit den Menschen in den Ortsteilen gemeinsam mit der Verwaltung die Bedingungen schaffen.



Edeltraut Liese,
Fraktionsvorsitzende

■ Stadtverordneten- versammlung Jüterbog

Als ich vor anderthalb Jahren als Stadtverordnete in Jüterbog gewählt wurde, hatte noch keiner damit gerechnet, was sich da ein paar Monate später anbahnen würde.

Von Anfang an war die Situation nicht einfach, da wir mit viel Widerstand im Stadtparlament zu kämpfen hatten. Mit Beginn der Corona-Pandemie wurde die Arbeit in den Gremien noch schwieriger, da zu Spitzenzeiten auch hier bei uns immer wieder Sitzungen abgesagt wurden. Dadurch war es als Neuling nicht immer einfach, die Themen vollumfänglich nachzuvollziehen und Beschlüsse und deren Umsetzung zu überprüfen. Dennoch blieben wir dran und mit Hilfe unserer erfahrenen oder ehemaligen Fraktionsmitglieder ist es gemeinsam gelungen, sich an die Situation anzupassen und in ihr arbeitsfähig zu bleiben.

Neben Corona beschäftigt uns in Jüterbog vor allem das Thema Haushalt. Leider steht die Stadt finanziell nicht wirklich gut da. Es wurden seit Jahren keine Jahresabschlüsse fertiggestellt, wodurch niemand wirklich weiß, wie es real um die finanzielle Situation der Stadt steht. Leider wird aktuell schon über Kürzungen der freiwilligen Aufgaben diskutiert. Wir als LINKE werden Kürzungen in diesem Bereich nicht zustimmen, da dies einen Schnitt ins Herz der Stadt bedeuten würde. Wir werden darauf bestehen und uns dafür einsetzen, hier nicht an die freiwilligen Leistungen heranzugehen, bevor nicht Klarheit in den Finanzen der Stadt geschaffen wurde. Erst diese Klarheit wird es der Stadt Jüterbog ermöglichen, wieder in allen Bereichen für die Bürger*innen vernünftig handeln zu können.



Dr. Ulrike Anders,
Fraktion DIE LINKE

■ Stadtverordnetenversammlung Zossen

Der Rechtsstreit zur Kreisumlage hat mindestens landesweite Bedeutung. Dennoch fand sich in der SVV Zossen keine Mehrheit für den vom Gericht vorgelegten Vergleich, bei dem der kommunale Frieden im Landkreis im Mittelpunkt stand. Das ist weder für Zossen, noch für die Kommunen im Landkreis eine gute Nachricht. Vor der Abstimmung warb Prof. Dr. Dombert, der Anwalt der Stadt Zossen, hinsichtlich des vorliegenden Vergleiches eindringlich für dessen Annahme.

Vergebens: AfD, Plan B, CDU und Bürgermeisterin Wiebke Schwarzweller stimmten gegen den Vergleich und für eine Weiterführung des langjährigen Verfahrens.

Zuvor erläuterte Prof. Dombert nochmals den Vergleich. Er machte dabei deutlich, dass die Stadt Zossen am Ende des Verfahrens, auch wenn sie es gewinnt, keinen größeren finanziellen Spielraum haben werde, als mit dem vorliegenden Vergleichsvorschlag. Dieser vom Gericht vorgelegte Vergleich sei das sicherste, günstigste und politisch beste Resultat, was für die Stadt Zossen zu erzielen war. Auch wenn die Stadt das Verfahren zur Kreisumlage gewinnen wird, werde ihr das eingeklagte Geld nicht verbleiben.

Es geht um 3,5 Millionen Euro, die die Stadt Zossen mit dem Vergleich sofort vom Landkreis erhalten hätte. Geld, das die Stadt jetzt unbedingt nötig hat. Derzeit fehlen der Stadt beispielsweise 135 Kitaplätze: Tendenz steigend.

Eine neue Kita würde ca. 2,5 Millionen Euro kosten. Dringend erforderlich ist zudem der Umbau der alten Gesamtschule zur neuen Grundschule Dabendorf mit Hort. Hierfür werden Investitionskosten in Höhe von 3,2 Millionen Euro veranschlagt. Beide Projekte können mit der Vergleichssumme umgehend realisiert werden, wenn noch Fördermittel hierfür beantragt würden.

Aus Sicht von Prof. Dombert gibt es für Zossen nicht die Wahl zwischen 3,5 oder zehn Millionen Euro für 2015 oder 18,2 Millionen Euro für 2016, sondern es geht um die Wahl zwischen raschen 3,5 Millionen Euro oder einem jahrelangen Rechtsstreit und länger dauernden Auseinandersetzungen, bei denen man nicht sicher sein kann, wann Geld fließt und ob Zossen dieses Geld endgültig behalten kann.

Da der Vergleich nicht angenommen

wurde, entstehen der Stadt Zossen zunächst Kosten für die Weiterführung des Klageverfahrens. Selbst wenn die Stadt das Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht gewinnen würde, ist davon auszugehen, dass beim Landkreis dadurch ein neuer Finanzbedarf geschaffen wird. Dieser würde dann Gegenstand einer erneuten Kreisumlagefestsetzung, die dann von allen Kommunen des Landkreises incl. Zossen getragen werden muss.

Mit dem Vergleich war auch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden vorgesehen. Damit sollte der Rahmen zur Ermittlung der gemeindlichen Finanzbelange bei der Aufstellung des Kreishaushaltes künftig besser berücksichtigt werden. Dieser Teil des Vergleiches, der allen Kommunen im Landkreis dienen sollte, ist nun auch vom Tisch. Solidarisches Handeln sieht anders aus!

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung hätte den jährlichen Streit der kreisangehörigen Kommunen mit dem Landkreis über die Höhe des Kreishaushaltes und die der Kreisumlage entschärft. Der finanzielle Spielraum aller Gemeinden hätte damit verbessert werden können. Der Kreistag Teltow-Fläming hatte dem Vergleich zugestimmt. In der Begründung der Kreistagsvorlage heißt es:

»Das Gericht machte allerdings deutlich, dass keine einseitige und rücksichtslose Durchsetzung der kreislichen Finanzinteressen seitens des Landkreises vorliegt. Weiter wies das Gericht darauf hin, dass die Klägerin (die Stadt Zossen) nicht davon ausgehen könne, für die entsprechenden Haushaltsjahre keine Kreisumlage zahlen zu müssen.«

Schließlich haben Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zossen Leistungen des Landkreises genutzt. Die Landkreise und auch der Landkreis Teltow-Fläming bewältigen einen umfangreichen Aufgabenbereich. Der überwiegende Teil der Aufgaben wird den Landkreisen durch Gesetz übertragen. Zu diesen Pflichtaufgaben gehören beispielsweise auch die örtliche Sozialhilfe, Jugendhilfe, Bauaufsicht oder die Straßenverkehrszulassung. Hierfür erhält der Landkreis auch Mittel vom Land. Der Aufgabenbereich des Landkreises geht aber noch darüber hinaus: Die Unterhaltung von Kultureinrichtungen gehört dazu. In Wünsdorf betreibt der Landkreis das Museum

des Teltow und die Neue Galerie. Der Landkreis ist Träger der Volkshoch- und Musikschule mit Sitz auch in Wünsdorf. Auch die vom Kreis getragene Fahrbibliothek wird von vielen Kindern der Stadt Zossen genutzt.

Der Kreis trägt Einrichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge: Krankenhäuser, Kreisstraßen, Nahverkehrsbetriebe - er ist also Aufgabenträger des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs, dem Busverkehr.

Als Gewährträger haften die Landkreise für den Bestand der Kreis Sparkassen.

Landkreise sorgen für den Rettungsdienst, kümmern sich um den Schutz der Umwelt, die Beseitigung und Verwertung von häuslichem Abfall, die Einrichtung von Deponien oder Recycling-Anlagen.

Der Landkreis ist Träger von elf Schulen. Er ist Träger des Oberstufenzentrums an drei Standorten, der Förderschulen und von vier Gymnasien.

Nicht zuletzt ist der Landkreis Träger der Kriegsofopferfürsorge, er ist verantwortlich für den Denkmalschutz, die Wirtschaftsförderung, die Förderung der Landwirtschaft oder die Verbesserung des Fremdenverkehrs. All das wurde auch von Zossener Bürger*Innen in den Jahren 2015 und 2016 genutzt. Insofern können wir nicht davon ausgehen, keine Kreisumlage für 2015 und 2016 zahlen zu müssen.



Carsten Preuß,
Fraktionsvorsitzender

■ Gemeindevertretung Großbeeren

Veränderungen wegen Corona auch in der Kommunalpolitik. Seit gut einem Jahr leben wir nun schon mit den Einschränkungen durch Corona.

Das spürt der eine mehr, der andere weniger, aber niemand bleibt davon verschont, weder im privaten Umfeld, noch als gesellschaftlich aktiver Mensch. Das wird mir beim ehrenamtlichen Engagement fürs

DRK bewusst, wo wir z. B. für unsere Blutspender*innen keinen Imbiss mehr anbieten dürfen, und auch bei den Beratungen und Aktivitäten der Kommunalpolitik.

In Großbeeren mussten die Beratungsorte verlegt werden, um die vorgeschriebenen Abstände einhalten zu können. Ausschusssitzungen finden jetzt, wenn notwendig, im Gemeindesaal statt, Gemeindevertretersitzungen in der Mehrzweckhalle. Dort ist neben Mundschutz auch Schuhschutz notwendig, um den Parkettbelag zu schützen. Wegen schlechter Akustik und noch nicht ausreichender Technik müssen Mikrofone weiter gegeben oder Plätze getauscht werden, damit möglichst alle, auch die teilweise noch anwesenden Einwohner*innen, die Fragen und Antworten mitverfolgen können.

Neu im vergangenen Jahr war bei uns die Arbeit mit sogenannten »Umlaufbeschlüssen«, um wegen nur geringer Anzahl wichtiger Entscheidungen keine Sitzung durchführen zu müssen.

Das ist jedoch nur bei Themen sinnvoll, wo es keiner Erläuterungen bedarf bzw. Nachfragen nicht notwendig sind.

Um die Beratungen verkürzen und Zeit einsparen zu können, werden jetzt viele Anfragen bzw. Nachfragen zu anstehenden Themen schriftlich per E-Mail an die Verwaltung gestellt und von der Verwaltung beantwortet. Dies ist für mich sehr positiv, weil im Mailverteiler alle Gemeindevertreter*innen enthalten sind, so dass auch ich als Einzelkämpfer für DIE LINKE über Fragen in den Ausschüssen Informationen erhalte, von denen ich sonst vielleicht nie etwas erfahren hätte. Viele Fragen zu anstehenden Beschlussvorlagen können im Vorfeld geklärt werden und verkürzen so die Beratungszeiten bei Sitzungen.

Ich habe den Eindruck, dass sich dadurch das angespannte Verhältnis zwischen Verwaltung und Gemeindevertretung wesentlich verbessert hat.



Dr. Irene Pacholik,
fraktionslos, DIE LINKE

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Kreistag Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 1.2.2021 · Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 1.700 Februar 2021, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.